

## Wegducken hilft nicht IG Metall legt bei Daimler-Betriebsratswahl zu, rechte Listen aber auch

In den meisten Daimler-Werken sind die Betriebsratswahlen abgeschlossen. Wir haben für einige Betriebe die Wahlergebnisse ausgewertet.

### Schlimmeres befürchtet

Die Wahlbeteiligung im **Mercedes Benz Werk Untertürkheim** war mit fast 65 % um 6 % höher als bei den letzten Wahlen. Die IG Metall-Liste hat 37 Sitze im 47 köpfigen Betriebsrat, und damit 3 Sitze mehr bekommen (75,7 %). Verloren hat die UAG und die Offensiven Metaller einen bzw. zwei Sitze, die CGM hat unverändert ein Mandat. Die rechte Liste „Zentrum“ hat 2 Mandate dazu gewonnen und hat somit 6 Mandate (13,2 %). Das Zentrum selbst war enttäuscht von diesem Ergebnis, sie hatten sich mehr erhofft. Die IG Metall-Fraktion war erleichtert, sie hatten Schlimmeres befürchtet.

In der **Daimler Zentrale** hat die rechte Liste „Zentrum“ kein Mandat gewonnen. Die Zentrale ist ein fast reiner Angestelltenbetrieb. Von 6626 abgegebenen Stimmen hat das Zentrum gerade mal 108 Stimmen bekommen. Auch die diversen unabhängigen und christlichen Listen haben schlechter abgeschnitten als bei den letzten Wahlen. Gewonnen hat die IG Metall. Sie bekam 4 Mandate mehr und hat jetzt mit 22 Mandaten die absolute Mehrheit im 41köpfigen Gremium.

Am Standort **Sindelfingen**, dem größten Standort mit über 40.000 Wahlberechtigten, bekam die IG Metall knapp 75 % (16.992 Stimmen) und hat damit 46 der 59 Betriebsratssitze, soviel wie in der letzten Amtsperiode. Die rechte Liste „Zentrum“ bekam 764 Stimmen, dies entspricht 3,4 Prozent und 2 Mandate. Die CGM und „Die Unabhängigen“ haben jeweils einen Sitz verloren und sind mit 5 bzw. 2 Mandaten im Betriebsrat vertreten.

Im Mercedes Benz Werk **Rastatt** fand die Betriebsratswahl zum ersten Mal seit Jahrzehnten als Listenwahl statt. Über verschiedene Listen sind 29 IG Metall-Mitglieder in den 35köpfigen Betriebsrat gewählt worden. Die CGM bekam keinen Sitz. Die rechtsextreme Liste „Zentrum“ kandidierte das erste Mal, bekam 447 Stimmen und zieht mit 3 Mandaten in den Betriebsrat ein. Die Gruppe „Zentrum Automobil e.V. Rastatt“ ist seit ca. einem dreiviertel Jahr im Werk aktiv, verteilt Flyer und betreibt einen Facebook-Auftritt. Im Report Mainz am 27. Februar 2018 kam ein IG Metall-Vertrauensmann vom Werk Rastatt zu Wort, der sich seit Jahren gegen rechte Tendenzen im Betrieb engagiert - gegen Widerstände vor allem aus den eigenen Gewerkschaftsreihen. Er kritisierte die IG Metall und fühlt sich im Stich gelassen „von den Kollegen im Betriebsrat und auch von der Gewerkschaftsspitze. Die Linie von oben ist eben: Den Kampf nehmen wir gar nicht erst auf. Es ist besser so, wir ducken uns da weg und das Problem geht damit vorbei.“ Dass Wegducken nicht hilft, zeigt das Betriebsratswahlergebnis.

### Schlussfolgerungen

Die Steigerung der Zentrums-Mandate in Untertürkheim in den letzten 3 Wahlen (2010: 2 / 2014: 4 / 2018: 6 Mandate) zeigt, dass sie sich verankern können, wenn keine wirksame Gegenstrategie entwickelt und umgesetzt wird. Sie konnten sich durch ihre langjährige Tätigkeit im Betriebsrat (8 Jahre als eigene Liste und davor schon 2 Jahre über die Liste der CGM) und langjährige Betriebszugehörigkeiten ihrer wichtigen Kandidaten entsprechend verankern. Mit ihren 187 Kandidaten verfügten sie über eine Menge aktiver Zuarbeiter. Und mit den vermutlichen Sponsoren von dem rechten Geld-aquiseprojekt „EinProzent“, Elsässers Compact-Zeitschrift, der AfD und anderen hatten sie auch genug Geld, um in den Werken entsprechend mit Flyern und Plakaten breit zu werben. Manche Werke waren zugekleistert mit ihren giftgrünen Wahlplakaten. Mit ihren schwarz gekleideten Verteilermansschaften, zum Teil 6 bis 7 Leute pro Tor, traten sie massiv auf und drängten den Kollegen ihre Flyer auf.



Das Werksgelände wurde zugespflastert mit Zentrums-Wahlplakaten. Woher sie wohl das viele Geld hatten? Rechte Sponsoren?

Manchen Kollegen war es dann doch zu viel Giftgrün und zeigten, was sie vom rechten „Zentrum“ halten.

Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass die Stimmengewinne für die Liste „Zentrum“ nicht zu Lasten der IG Metall gingen, sondern zu Lasten der christlichen, unabhängigen oder sonstigen kleineren Gruppierungen. In allen Betrieben sind die Prozentzahlen für die Liste Zentrum unter den Prozenten geblieben, die die AfD bei den Bundestagswahlen von Arbeitern bzw. Gewerkschaftern laut Studien bekommen hat. Außer im Werk Untertürkheim sind sie sogar weit unter dem Bundestagswahlergebnis geblieben. **Das heißt, dass sich „Zentrum“ auch in den Betrieben mit eigenen Listen nicht so stark verankern konnten, wie im gesellschaftlichen Durchschnitt.**

Im Verhältnis zu den 28.000 Firmen, in denen von März bis Mai Betriebsratsgremien gewählt werden, sind sie nur in sehr wenigen Betrieben vertreten. **Die Rechtsentwicklung in der Gesellschaft scheint betrieblich noch nicht so ausgeprägt zu sein, weil den meisten Kolleginnen und Kollegen eine starke Gewerkschaft, die ihre Interessen vertritt, wichtig ist.** Sie nehmen dem Zentrum nicht ab, dass sie die besseren Interessenvertreter sind und haben deshalb die IG Metall gestärkt. Gut waren auch in der diesjährigen Tarifrunde die Tagesstreiks, weil die Gewerkschaft damit gezeigt hat, dass sie noch Zähne hat und diese für die Interessen der Beschäftigten einsetzt. **Das beste Mittel gegen Rechts ist eine kämpferische Gewerkschaftspolitik!**

Wir haben durch das schlechte Abschneiden der rechten Listen etwas Zeit gewonnen. Das heißt aber nicht, dass wir die Hände in den Schoß legen können, denn jedes Mandat für die Rechten ist eins zu viel. Mit jedem Mandat gewinnen sie Einfluss und bauen sich weiter auf. Deshalb kann es nur heißen: **Wehret den Anfängen!**

## Wie weiter im Kampf gegen Rechts?

So langsam scheint auch bei Gewerkschaftsfunktionären angekommen zu sein, dass Wegducken nicht weiterhilft, sondern andere Strategien gegen die Rechtsentwicklung notwendig sind. So meinte z.B. Roman Zitzelsberger, IG Metall-Bezirksleiter von Baden-Württemberg auf der Funktionärskonferenz am 28. Februar in Stuttgart, dass totschweigen nicht geht und wir lernen müssen, wie man mit ihnen umgeht. Die bisherige Politik wird damit in Frage gestellt. Auch der DGB-Landesvorsitzende von Baden-Württemberg, Martin Kunzmann wird am 27. Februar in den Stuttgarter Nachrichten zitiert: „Wir müssen uns aber inhaltlich mit denen auseinandersetzen und den Beschäftigten sagen, was es bedeutet. Dass bei einer Spaltung der Belegschaft die Beschäftigten die Verlierer sein werden.“ Bei rechtspopulistischen Themen „darf es kein Wegducken geben.“

Der Betriebsrat vom Werk Untertürkheim hat in seiner Sitzung am 20. Februar 2018 eine Erklärung beschlossen, in der er gegen rechtsradikales und neonazistisches Gedankengut eindeutig Stellung bezieht und sich distanziert. Er kritisiert die Haltung aller, die keine klare Position gegen Rechts extremismus und Neonazismus einnehmen. Er weist darauf hin, dass Kolleginnen und Kollegen aus mehr als 50 verschiedenen Nationen im Untertürkheimer Werk arbeiten und dass der Betriebsrat die gewählte pluralistische und demokratische Interessenvertretung aller Kolleginnen und Kollegen ist.

Solche Positionen müssen wir Gewerkschaftslinken stärken und dafür Sorge tragen, dass nach den Betriebsratswahlen das Thema nicht wieder für 4 Jahre in den Schubladen verschwindet, sondern eine gewerkschaftliche Strategie gegen Rechts entwickelt wird. Dazu gehört vor allem, sich als Gewerkschaft zu verändern, **Co-Management und Standortlogik zu begraben**, denn sie sind der **Nährboden für die Rechten**. Wir müssen dafür sorgen, dass unsere **Gewerkschaften wieder Klassen- und Kampforganisationen der Arbeiterklasse werden**.

**Weitere Infos im NWI extra „Offensive der Rechten wirksam begegnen“ vom Januar 2018:**

<http://www.labournet.de/gewlinke-info/>

**Infos im Dossier AFD & Co im Labournet unter:**

<http://www.labournet.de/?p=125057>

**Soziale Frage: Für eine kämpferische Gewerkschaft:**

[http://www.labournet.de/wp-content/uploads/2018/02/gewlinke\\_kaempferische\\_gew.pdf](http://www.labournet.de/wp-content/uploads/2018/02/gewlinke_kaempferische_gew.pdf)

## „Mut zur Opposition“

Die sozialfaschistische Demagogie des „Zentrums Automobil“ ist nicht leicht zu durchschauen, verpacken sie doch geschickt ihre rechte Gesinnung hinter z. T. notwendiger Kritik. Sie stilisieren sich zur Opposition gegen das Co-Management der IG Metall. Und hetzen penetrant gegen Gewerkschaften.

Ihr Betriebsratswahlkampf wurde hpts. von 2 Sprüchen begleitet: „Mut zur Opposition“ und „Nur meckern nützt nichts. Zeit für Veränderung“. Warum es eine Opposition braucht, begründen sie u.a. so. „Die IG Metall-Mehrheitsfraktion im Betriebsrat sieht ihre Aufgabe mehr in der Wahrnehmung von Manageraufgaben, dem sogenannten Co-Management.“ Eine Kritik, die auch wir an der Politik so einiger Betriebsratsfürsten haben. So agieren sie und damit haben sie leider Erfolg.

Es ist das gleiche, wie bereits vor 1933: mit antikapitalistischen Losungen versuchen sie, die Beschäftigten an faschistische Inhalte heranzuführen. Wie damals klauen sie auch heute gewerkschaftliche Begriffe wie Solidarität und Zusammenhalt. Das trägt bei vielen KollegInnen zur Verwirrung bei.

Das Zentrum behauptet, dass sie keine Nazis sind. Aber viele Verstrickungen etlicher Zentrumsfunktionäre in Naziaktivitäten wie zu der Rechtsrockband Noie Werte oder zur inzwischen verbotenen Wikingjugend, eine neofaschistische Jugendorganisation, zeigen das Gegenteil. Ihre Verstrickungen in das Umfeld des NSU sind besonders schockierend. Die Vernetzungen mit rechtsextremen Organisationen wie „EinProzent“, mit Elsässer von der Compact-Zeitschrift und AfD sowie deren Rechtsaußen Björn Höcke, bestätigen ihre Zugehörigkeit zu diesen.

**Zum ersten Mal seit der Zerschlagung des Faschismus 1945 versuchen Nazis wieder gezielt, sich in den Betrieben zu verankern.**

## Verschlechterung der sozialen Lage befördert Aufstieg der Rechten

Was wir Gewerkschaftslinken schon lange sagen, dass die Verschlechterung der sozialen Lage durch die Agendapolitik und Hartz IV den Aufstieg der Rechten begünstigt hat, ist nun offiziell sogar durch eine Publikation der SPD-nahen Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) bestätigt worden. Unter dem Titel „Angst im Sozialstaat“ zieht die Stiftung Bilanz. Das Ende 2017 vorgestellte und medial weitgehend unbeachtet gebliebene Papier hat es in sich: Die Agenda 2010 gleiche einer „institutionellen Angstmobilisierung“. Sie habe massiv minderheitenfeindliche Tendenzen und den Aufstieg rechtspopulistischer Kräfte befördert, konstatieren die Autoren Sigrid Betzelt und Ingo Bode. Mit Hartz IV habe die Politik systemische Risiken individualisiert, heißt es. Das System bedrohe Lohnabhängige bis weit in die Mitte der Gesellschaft. Betzelt und Bode schlagen eine Abkehr von Hartz IV und ein Zurück zur „kollektiven Absicherung“ vor. Prekäre Beschäftigung müsse eingedämmt und Einkommen „egalitärer“ verteilt werden.

**Es muss darum gehen, solche Positionen in SPD und Gewerkschaften mehrheitsfähig zu machen. Dann können wir es schaffen, Hartz IV und Agenda 2010 auf den Müllhaufen der Geschichte zu entsorgen!**

**Impressum:** Sekretariat

Initiative zur Vernetzung der Gewerkschaftslinken  
Klaus Peter Löwen, Christa Hourani, Christiaan Boissevain

**E-Mail:** [forum@gegewi.de](mailto:forum@gegewi.de)

**Redaktionsschluss:** 20. März 2018